

„Nur Steuern verleihen Wert“

GELD Griechenland braucht eine zweite Währung neben dem Euro, meint der alternative Finanzexperte Bernard Lietaer. So soll eine soziale Parallelwirtschaft entstehen

INTERVIEW ERIC BONSE

taz: Herr Lietaer, was denken Sie über die Eurokrise, kommt sie für Sie überraschend?

Bernard Lietaer: Ich fürchte, sie war absehbar. Denn der Euro wurde zwar technisch gut vorbereitet, doch man hat sich nie wirklich Gedanken über die Governance, also eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, gemacht. Das hat man 30 Jahre schleifen lassen. Das lässt sich nicht mal eben mitten in einer Krise improvisieren.

Das Hauptproblem ist derzeit Griechenland. Müssen die Griechen raus aus dem Euro?

Aber nein, warum denn? Es wäre sogar eine große Dummheit, den Euro ausgerechnet jetzt zu verlassen! Schließlich ist Griechenland schon seit einiger Zeit zahlungsunfähig. Der Ernstfall hat längst stattgefunden, spätestens mit dem Schuldenschnitt im Frühjahr, trotzdem hat Griechenland immer noch den Euro. Außerdem wollen ihn 80 Prozent der Griechen behalten. Nein, was das Land jetzt braucht, ist eine zweite Währung!

Denken Sie an den „Geuro“, den der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, vorgeschlagen hat? Also eine Art Parallelwährung?

Ja, genau. Mayers Ansatz ist richtig, denn er hat als erster Bankier erkannt, dass es nicht mehr ausreicht, an den Symptomen herumzukurieren. Wir brauchen einen neuen systemischen Ansatz. **Wie könnte der aussehen?**

So ähnlich wie Mayers Geuro, aber mit einem entscheidenden Unterschied: Mit der Parallelwährung müssen auch Steuern eingetrieben und bezahlt werden. Denn nur die Steuern verleihen einer Währung ihren Wert. **Wie kann man sich das praktisch vorstellen?**

Nun, nennen wir die neue Währung Civic, das klingt besser als Geuro und deutet an, worum es mir geht – nämlich um Bürgerengagement. Die griechischen Städte und Gemeinden könnten das Recht erhalten, eine nur in Civic bezahlbare Abgabe einzuziehen, also eine Art kommunale Steuer. Um diese neue Währung zu erhalten, müssten die Bürger sich überlegen, was sie an sinnvollen Arbeiten für die Gemeinde tun können. Neue Bäume pflanzen, arbeitslosen Jugendlichen helfen, Fahrräder reparieren – alles ist möglich. Vereine und andere Nichtregierungsorganisationen könnten nützliche Jobs vorschlagen und die Leute



Euro-Maschine ausgebrannt: Geldautomat in Athen Foto: Hannelore Foerster/ecopix

dafür in Civic bezahlen. So würde eine soziale Parallelwirtschaft in Gang kommen, die nachfrageorientiert und demokratisch strukturiert wäre.

Klingt gut, aber was wird dann aus dem Euro?

Der Euro bleibt weiter die Währung für die Zentralregierung und die kommerzielle Wirtschaft. Das griechische Budget würde jedoch um all jene Dinge entlastet, die mit dem Civic erledigt werden. Warum sollte man die Hilfe für alte Menschen auf Rhodos für ein Problem der Zentralregierung in Athen opfern? Das ist die entscheidende Frage, der Civic würde sie lösen.

Und was passiert mit den Schulden, die in Euro angehäuft wurden? Kann Griechenland sie jemals zurückzahlen, oder wird man gezwungen sein, Konkurs anzumelden?

Mit einer Zweiwährungsstrategie wäre Griechenland in einer wesentlich besseren Position, um die Euro-Schulden zurückzahlen. Das Land könnte sogar die drohende Zahlungsunfähigkeit vermeiden. Der Grund dafür ist, dass die Zentralregierung weiter Steuern in Euro eintreiben würde. Jene Unternehmen, die im internationalen Handel tätig sind, würden weiter Steuern auf ihre Gewinne in Euro zahlen. Andererseits müsste die Zentralregierung einen Großteil des Budgets nicht mehr in Euro finanzieren.

Aber nicht den gesamten Etat? Es handelt sich um jenen Teil, der derzeit Probleme bereitet: Bildung, öffentliche Verwaltung und alle sozialen Hilfsleistun-

gen. Die harten Kürzungen in diesen Bereichen führen dazu, dass das von Brüssel verordnete Sparprogramm zurückgewiesen wird. Mit dem Civic können die Städte und Regionen diese Programme in Eigenregie übernehmen, statt sie einzustellen, wie es derzeit geschieht. Außerdem könnten sie stärker an die wahrhaft demokratischen Wünsche der Bürger angepasst werden. Außerdem würde der Civic eine keynesianisches Konjunkturprogramm darstellen: Er schafft neue Nachfrage an der Basis – und das ganz ohne Schulden für die Zentralregierung oder die Gemeinden.

Derweil geht die Krise immer weiter, nun hat auch Spanien Probleme ...

Ja, denn Griechenland ist letztlich nur Indikator für ein weit größeres, systemisches Problem. Das gesamte auf Schulden basierte Währungssystem ist auf Dauer zum Scheitern verurteilt. Und das gilt nicht nur für den Euro. Wir haben in den letzten 40 Jahren auf der Welt laut Statistik des Internationalen Währungsfonds schon 425 Wirtschaftskrisen gehabt, darunter 72 Schuldenkrisen. Diesmal trifft es Europa, doch auch die USA sind nicht immun. Wie lange wird der Dollar noch bestehen? Ich stelle mir schon lange diese Frage. Wir müssen endlich die Systemprobleme angehen, oder wir werden uns eine blutige Nase holen.

Wie könnte denn eine systemische Lösung aussehen?

Wir brauchen ein neues monetäres Ökosystem, mit kleinen und großen Währungen. Wir brau-

chen lokale, nationale, europäische und weltweite Zahlungsmittel. Bisher haben wir eine Monokultur. Sobald ein kleines Problem auftaucht, geht alles kaputt, wie wir derzeit am Euro sehen. Es wird daher höchste Zeit, dass die Verantwortlichen über eine systemische Lösung nachdenken.

Bernard Lietaer

Seit dem Beginn der Eurokrise diskutieren Experten wieder mehr über die Einführung von Parallelwährungen. Bisher stand meist die Spaltung in einen harten „Nord-Euro“ und einen weichen „Süd-Euro“ für die Krisenländer zur Debatte. Im Mai schlug der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Thomas Mayer, vor, Griechenland solle Schuldscheine ausgeben und so eine Parallelwährung namens „Geuro“ schaffen. Allerdings ließ Mayer offen, wie und in welchen Bereichen der „Geuro“ eingesetzt werden soll. Hier setzt nun der belgische Währungsexperte Bernard Lietaer ein. Er schlägt vor, kommunale Dienstleistungen vom Euro abzukoppeln und durch eine Parallelwährung namens Civic zu finanzieren. Im Gegensatz zum „Geuro“ und den meisten anderen Währungen soll der Civic nicht durch Schulden, sondern durch die Nachfrage der Bürger nach zivilen Diensten begründet werden.



Foto: Kris Krüig

LESERINNENBRIEFE

die tageszeitung | Rudi-Dutschke-Str. 23 | 10969 Berlin
briefe@taz.de | www.taz.de/Zeitung

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von LeserInnenbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der taz wieder.

Verbietet Muslimen Gardinen!

■ **betr.:** „Nur Reformierte gehören zu Deutschland“, taz vom 2. 6. 12

Der Bundespastor sieht den Islam doch irgendwie nicht als so wirklich zu Deutschland gehörig. Geschenk! Übel wird mir aber, wenn schon wieder Religion und Aufklärung als sich bedingend genannt werden. Diese Geschichtsklitterung wird so oft wiederholt, bis es dann alle für die Wahrheit halten. Super-Gauck setzt dann noch einen drauf, wenn er den Islam depotenziert, da dieser keine Reformation gehabt habe. Wie meint der das? An Diskriminierungen Andersgläubiger, Glaubenskriegen und frauenverachtenden Gesetzen fehlt es dem Islam eher nicht. Vielleicht meint Gauck das protestantische Gardinenverbot, das jedes sündige Verhalten vor dem Nachbarn entblößt. Reformiert den Islam! Verbietet den Muslimen die Gardinen!
KAI BEIDERWELLEN, Speyer

Volle Souveränität des Parteitag

■ **betr.:** „Linke vorerst wiedervereinigt“, taz vom 4. 6. 12

Was im Blätterwald landauf, landab als Chaos gesehen wird, ist in Wirklichkeit etwas im normierten Parteibetrieb Unbekanntes: Demokratie. Diesmal wurde nicht schon vor dem Parteitag von den Parteioberern vorgegeben, was die Parteibasis dann aus Gründen der „Geschlossenheit“ mit möglichst 99 Prozent zu beschließen gewohnt ist, sondern die Versammlung hatte die volle Souveränität als das „oberste Parteiorgan“. Was soll übrigens so schlimm daran sein, wenn es viele Bewerber um ein Parteiamt gibt?
ALFRED MAYER, München

Ein bisschen Moral gibt es nicht

■ **betr.:** „Obama bestimmt Drohnenziele selbst“, taz vom 30. 5. 12

Ein Friedensnobelpreisträger arbeitet seine persönliche Todesliste ab – und keiner regt sich darüber auf. Im Gegenteil, beim Abschuss von Bin Laden hat ihm die Welt auch noch zugejubelt. Und die soundsovielte Nummer auf der Liste bekommt gerade mal eine kleine Meldung am Rande. Ja, ja, ich höre schon den Chor: Aber Bin Laden hat doch auch so viele Menschen getötet. Ja allerdings, das hat er, genau deshalb möchte ich mich auch nicht mit ihm auf eine Stufe stellen. Und ein Friedensnobelpreisträger sollte sich erst recht nicht auf das Niveau eines Massenmörders herabbegeben. Aber genau das tut er, wenn er zu denselben Methoden greift. Eine solche Tötung ohne Prozess und ohne Verurteilung ist ganz einfach als Mord zu bezeichnen. Wobei eine Tötung mit Prozess und Verurteilung meiner Meinung nach genauso unrecht ist. Da darf man keine Einschränkungen dulden, ein bisschen Moral kann es eben nicht geben, mit ein bisschen Todesstrafe oder ein bisschen Folter.
SABINE GENAU, Konstanz

Viele Kinder wickeln

■ **betr.:** „Wer Kinder betreut, braucht Kenntnisse“, taz vom 31. 5. 12

Ich bin mit zwei Aussagen von Herrn Diederich nicht einverstanden: 1. Er meint, dass eine ErzieherIn maximal 10–12 Kinder unter drei Jahren betreuen dürfe. Diese Zahl ist viel zu hoch gegriffen. Eine ErzieherIn sollte etwa 6 Kinder betreuen, so sieht es zumindest der Betreuungsschlüssel der Stadt Hamburg vor. 2. „Sie müssen manche auch noch windeln und sie aufs Töpfchen setzen.“ Manche? Natürlich müssen sie die große Mehrzahl der Kinder noch wickeln. Wo hat er seine Zahlen her? Etwas veraltet?
REBECCA SELLO, Hamburg

Sehr reale Therapieprobleme

■ **betr.:** „Bloß nicht zu viel um sich selbst kreisen“, taz v. 19. 5. 2012

Die Probleme, die Barbara Dribbusch beschreibt, sind sehr real. Ein wesentlicher Teil davon ist freilich im jeweiligen Therapieverfahren begründet. Verhaltenstherapie ist, wie der Name sagt, eine Therapie für Störungen des Verhaltens. Sie kann nur die gewünschte Wirkung haben, wenn das Problem genau definiert ist. Für eigentliche psychische Probleme ist sie nur ausnahmsweise geeignet, ganz sicher nicht für Traumatisierungen. Tiefenpsychologie kann mehr erreichen. Aber deren Problem ist, dass sie den Therapeuten legitimiert, seine Deutung für richtig zu erklären, unabhängig davon, ob der Klient sich darin wiedererkennt. Personenzentrierte Therapeuten sind darin geschult, diesen Fehler zu vermeiden. Leider wird die personenzentrierte Gesprächstherapie vom Gemeinsamen Bundesausschuss nicht für die Kassenzulassung anerkannt. Ein Problem jedoch besteht für jedes Therapieverfahren: Manche Menschen machen eine Therapie, um notwendige Schritte oder Entscheidungen zu umgehen. Ein erfahrener Therapeut verweigert sich da; aber hier muss auch der Klient selber auf sich achthaben.
WILFRIED HASSELBERG-WEYANDT, Chemnitz

Zu aufwendig, zu gefährlich

■ **betr.:** „Fässer dürften noch lang in der Asse lagern“, taz v. 2. 6. 12

Es war von Anfang an klar, dass es keine Rückholung der Fässer geben wird – viel zu aufwendig, viel zu gefährlich, nicht genehmigungsfähig. Alles andere ist politische Propaganda, die nur dazu dient, den Weiterbetrieb zu sichern. Es war auch von Anfang an klar, dass es nie eine gesicherte Endlagerung in Deutschland geben wird. Es gibt keinen geeigneten Ort dafür. Was lernen wir daraus? Dass jetzt so langsam die Zeit kommt, wo wir für unser verantwortungsloses Verhalten bezahlen müssen. Ausbaden müssen es dann unsere Nachkommen. Na prima!
HOLGER AUGUSTIN, Tübingen

Neue Postleitzahlen für das Internet

IP-ADRESSEN Ab Mittwoch aktivieren Provider, Webseitenbetreiber und Hersteller von Internetgeräten weltweit den neuen Onlinestandard IPv6. Was heißt das für den User?

BERLIN *dapd/taz* | An diesem Mittwoch ändert sich die Architektur des Internets: Provider, Betreiber von Webseiten und Hersteller von Internetgeräten aktivieren weltweit den neuen Adressstandard IPv6. Die neuen Online-Postleitzahlen gelten als Wegbereiter für das „Internet der Dinge“ und sollen die Knappheit an IP-Adressen für den Anschluss von PCs und Handys an das Datennetz aufbrechen. Statt 4 Milliarden sind künftig 340 Sextillionen Adressen möglich sein. Was heißt das für den User? **Welche Vorteile bringt IPv6 für die Nutzer?**

Bislang teilen sich in einem Haushalt meist alle Geräte eine einzige IP-Adresse, die dem DSL-Router oder Kabelmodem zugewiesen wird. Der neue Standard IPv6 ermöglicht es, jedes Gerät mit einer eigenen IP-Adresse zu versehen – etwa um gezielt angewählt zu werden. Das ist sinnvoll, wenn der Nutzer unterwegs über sein Handy die Temperatur in seiner Wohnung regulieren möchte. Der alte Standard IPv4 bietet dafür zu wenig Adressen. **Was ändert sich für den Verbraucher?**

Im besten Fall ändert sich für die Internetnutzer nichts. Aktuelle

Geräte und Betriebssysteme verstehen bereits IPv6. Schwierig kann es für veraltete Geräte oder Betriebssysteme werden. Und manche Software hat ein erstaunlich hohes Alter – da könnte unter Umständen ein versteckter Fehler zutage treten.

Was tut die IT-Branche, damit die Umstellung klappt?

Bereits im vergangenen Jahr liefen einige Websites und Dienste 24 Stunden parallel unter beiden Protokollen. Am Mittwoch ist „Launch Day“: Die Anbieter lassen IPv6 dann eingeschaltet.

Bleibt mit IPv6 die Anonymität im Internet auf der Strecke?

Grundsätzlich funktioniert die Art der Kommunikation von Internetgeräten in beiden Protokollen gleich: So etwas wie die Rufnummernunterdrückung beim Telefon gibt es online nicht. Bei IPv6 bieten sogenannte Privacy Extensions angeblich Sicherheit: Jedes Gerät kann neben der fest zugewiesenen Adresse auch immer wieder neue Onlineadressen beziehen, die nur einen Tag lang gültig sind. Damit können Nutzer etwa beim Surfen im Netz nicht langfristig erfasst werden. Das ist heute bereits Standard in den meisten Betriebssystemen.